

Generalsekretär Peter Hintze:

Helmut Kohl führt die CDU seit 20 Jahren mit großem Erfolg

Am 12. Juni 1973 wurde Helmut Kohl zum ersten Mal zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. An diesem Tag können wir in der CDU auf zwanzig außergewöhnlich erfolgreiche Jahre unter der Führung von Helmut Kohl zurückblicken. Was er in dieser Zeit — mit der CDU und für die CDU — geleistet hat, ist im deutschen wie auch im internationalen Vergleich ohne Beispiel.

Helmut Kohl hat die CDU geprägt — und er wurde durch sie geprägt —, wie wohl kein Vorsitzender vor ihm. Er formte die CDU als eine moderne Volkspartei der Mitte, die ihren Grundsätzen treu blieb, sich aber zugleich für neue Ideen und Anregungen öffnete. Unter seinem Vorsitz gewann die CDU eine breite Mitgliederbasis — und damit zugleich eine Vielfalt, die Helmut Kohl auf der Grundlage fester Überzeugungen zu integrieren verstand. Die organisatorische Schlagkraft der Partei, erprobt in zahlreichen schweren Wahlkämpfen, geht ebenso auf ihn zurück wie das programmatische Profil der CDU, das in wichtigen Grundsatzdiskussionen immer wieder neu geschärft wurde. Einen Höhepunkt der inhaltlichen Erneuerung bildete der Parteitag 1978 in Ludwigshafen, auf dem die CDU ihr erstes Grundsatzprogramm verabschiedete.

Erneuerung — für Helmut Kohl ist das ein zentrales Stichwort bis heute. Vor zwanzig Jahren trat er mit

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● CDU

Der Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm löste in der Partei eine lebhaft diskutierte Diskussion aus.
Seite 5

● Argumente

Gute Gründe für den Einsatz der Bundeswehr in Somalia.
Seite 8

● Innere Sicherheit

Höhere Strafen für Gewalttäter gefordert. Wir wollen den Bürger auch in seiner Wohnung schützen.
Seite 14

● Frauenpolitik

Bundesministerin Angela Merkel startet die Kampagne: Gleichberechtigung von Mann und Frau — Gerechte Verteilung von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft.
Seite 15

● CDU Berlin

Auf dem 5. Landesparteitag wurde die Erneuerung der Parteiarbeit beschlossen.
Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Neu im Angebot: Materialien zur „Eine Welt Aktion“.
Seite 22—24

(Fortsetzung von Seite 1)

großem Erfolg als Parteireformer an. Gleichwohl hat er die Parteireform nie als abgeschlossen betrachtet — er verstand und versteht sie bis heute als bleibende und immer wieder neu fordernde Aufgabe. Denn eine lebendige Volkspartei muß selbst die Kraft zur Veränderung aufbringen, wenn sie den Wandel in unserer Gesellschaft mitgestalten will. Es war Helmut Kohl, der 1988 auf dem Wiesbadener Parteitag den Anstoß für eine neue Phase der Parteireform gab. Seither wandelt sich durch den Reformprozeß in Landes- und Kreisverbänden schrittweise, aber spürbar das Gesicht der CDU erneut.

Strittige Auseinandersetzungen sind nicht ausgeblieben: bei allem, was Helmut Kohl für Deutschland und für die CDU leistete, begegnete er immer wieder Kritik, auch persönlichen Anfeindungen. Helmut Kohl hat für seine Vorstellungen zu kämpfen gewußt, er hat die CDU zu dem gemacht, was sie ist: **die führende Regierungspartei, die große politische Kraft der Mitte.**

Die personellen, inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen, die er in den 70er Jahren einleitete, schufen die unverzichtbaren Voraussetzungen für die Übernahme der Regierung. 1982 führte Helmut Kohl die CDU in die Regierungsverantwortung für Deutschland zurück. Im

Helmut Kohl ist der meistgefilmte und meistgehörte Zeitgenosse. Jetzt ist er zwanzig Jahre Vorsitzender der CDU und zehn Jahre Kanzler, und er hat sich überraschenderweise nicht verbraucht, sondern hat — das immerhin werden auch seine Kritiker zugeben müssen — kontinuierlich an Statur gewonnen. Selbst die Kohl-Witze hat er alle überlebt. Und inzwischen ist er unangefochten.

ARD

vergangenen Jahr konnte die CDU Helmut Kohls 10jähriges Jubiläum im Amt des Bundeskanzlers feiern. Zu Recht wurde damals festgestellt: Es waren gute Jahre für Deutschland — Jahre der Stabilität, des wachsenden Wohlstandes, der Sicherheit. Es war zugleich eine Zeit wichtiger Reformen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert haben.

Das Jahr 1990 bescherte der CDU den bisher stolzesten Augenblick in ihrer Geschichte. Die Einheit Deutschlands wurde in Frieden und Freiheit wieder hergestellt. Eines der wichtigsten Ziele der CDU, für das die Partei allen Anfechtungen zum Trotz immer gekämpft hatte, wurde endlich erreicht. Nur durch den entschlossenen Einsatz Helmut Kohls, der die einmalige historische Chance ohne Wenn und Aber ergriff, konnte die Teilung überwunden werden. Zugleich gewann auch die Christlich Demokrati-

Spalier mit Kohl-Plakaten

Zur Düsseldorfer „Elefantenrunde“ der drei SPD-Spitzenkandidaten am 13. 6. 1993 in der Stadthalle schrieb die „Rheinische Post“: Für eine Gruppe junger CDU-Anhänger war allerdings bereits vor dem Auftritt der drei SPD-Bewerber (Scharping, Schröder, Wiczorek-Zeul) klar gewesen, wer 1994 zum Zuge kommt: Vor der Halle hatten sie in die Nähe laufender Kameras Plakate postiert, auf denen schlicht zu lesen stand „Kohl 1994“.



Vor 20 Jahren: Helmut Kohl nimmt die Glückwünsche von Ludwig Erhard entgegen, der ihm zur Wahl als Bundesvorsitzenden der CDU gratuliert.

sche Union Deutschlands ihre Einheit als Partei für ganz Deutschland.

Die CDU weiß, was sie Helmut Kohl verdankt. Umgekehrt ist für jedermann sichtbar — und Helmut Kohl hat es selbst immer deutlich gemacht —, wie sehr er mit der Partei verbunden ist. Seit seinen Jugendzeiten ist er tief in der CDU verwurzelt; stets hat sich der Regierungschef und international erfolgreiche Staatsmann auch als Mann der Partei verstanden. Aus der festen Verankerung in der CDU — die Helmut Kohl nicht umsonst bei seinem Amtsantritt vor zwanzig Jahren als seine „politische Heimat“ bezeichnet hat — entspringt die eigentliche Quelle seiner Kraft. Die CDU ist für ihn eine Werte-Gemeinschaft, bei der er hinter Statuten und Strukturen vor allem die

Mitglieder erblickt. Helmut Kohl sieht die CDU in einer dienenden Rolle: untergeordnet, aber unverzichtbar für die Demokratie — entsprechend einem Selbstverständnis, nach dem Helmut Kohl als eigentliches Ziel seiner Politik einmal schlicht „die Menschen“ nannte.

Heute gilt es, in einer Phase dramatischer Umbrüche und tiefgreifenden Wandels neue Herausforderungen, auch große Schwierigkeiten zu bestehen. Angesichts der weltweiten Veränderungen, angesichts auch der Anforderungen, die die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Einigung Europas stellt, gibt es keinen Zweifel: Vor uns liegen noch große Herausforderungen. Mit Helmut Kohl werden wir sie erfolgreich meistern. ■

Pressestimmen

„Die Vision einer völlig neuen und modernen Volkspartei CDU“

„Helmut Kohl hatte damals schon die Vision einer modernen Volkspartei. Ihm schwebte ein funktionierendes Kommunikations- und Dienstleistungsunternehmen vor, eine Partei mit konkreter Ziel- und Aufgabensetzung, verwaltet von einem gut ausgebildeten Apparat. Das war die Vision einer völlig neuen CDU, einer modernen, offenen Partei, offen nicht nur gegenüber den Mitgliedern und untereinander, sondern offen auch gegenüber den Bürgern. Eine Partei, die auf den Bürger zugeht, seine Probleme erfahren will und diese Probleme schließlich zu lösen versucht. Kohl wollte eine völlig neue, bisher für mich in Deutschland nicht erkennbare evolutionäre Entwicklung einleiten.“

Hanns Schreiner in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12./13. Juni 1993

★

Kohl hat sein Ohr am Elysee ebenso wie am CDU-Ortsverband, er steuert Europa und seine Partei per Telefon und sieht dies als eine Einheit. Kein deutscher Parteiführer hat so viele Quereinsteiger in die Politik geholt wie er.

Rheinischer Merkur, 12. 6. 1993

★

Die historische Leistung der deutschen Wiedervereinigung wird für immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Das „Buch der Geschichte“, das Kohl so gerne zitiert, wird auch seinen Leistungen für die europäische Einigung breiten Raum widmen.

dpa

★

„Deutschlands Zukunft liegt in Europa“, das ist ein Kohlscher Wahlspruch, der so einfach zu merken ist, wie Gorbatschows Gebetsmühlenformeln von „Perestroika“

und „internationaler Zusammenarbeit“. Kohl, der Mann aus der deutschen Provinz, trifft die Stimmung in der Provinz im Ausland manchmal mehr als die kritischen Kommentatoren aus der eigenen fernen Landeshauptstadt. Man braucht dabei nicht nur an große Reden denken, wie die zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, die landesweit im Fernsehen übertragen wurde. Selbst die sicherlich nicht Kohl-freundliche Berliner „tageszeitung“ stellte damals fest, daß der Kohlsche Ausruf „Nie wieder Krieg“ die Seele des einfachen Volks wohl eher getroffen habe als jede Weizsäckersche Meditation über deutsche Sühne und Verantwortung.

Stuttgarter Zeitung, 14. 6. 1993

★

In seinen zwanzig Vorsitzenden-Jahren hat Kohl es verstanden, aus der CDU eine Partei zu formen, die Bundestagswahlen achtbar bestand und schließlich 1982 in Bonn in die Regierungsverantwortung zurückkehrte. Dabei war die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner das geringere Problem. Viel schwerer hatte es Kohl, die Bundestagsfraktion an sich zu binden und die Fraktionsgemeinschaft mit der CSU zu erhalten.

In dieser nach außen hin kaum wahrnehmbaren Arbeit entfaltete Kohl seine Meisterschaft des Ordners innerparteilicher Verhältnisse. Diese Gabe ist das eigentliche Geheimnis seiner Machtfülle über zwei Jahrzehnte im Parteivorsitz und in der Kanzlerschaft. Kohl gelang es, die CSU zu zähmen und die FDP an sich zu binden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
12. 6. 1993

Der Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm löste eine Diskussionswelle aus

Seit Anfang dieses Jahres diskutiert die CDU auf allen Ebenen der Partei den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm. Wir können feststellen, daß in der Zwischenzeit ein erheblicher Diskussionsschub stattgefunden hat: In allen Landesverbänden haben sich auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene sowie in den Vereinigungen der Partei Kommissionen gebildet, die sich intensiv mit dem Grundsatzprogramm-Entwurf auseinandersetzen. Aus den Gliederungen der Partei, zum Teil als Ergebnis von Parteitag und Mitgliederversammlungen, liegen uns Vorschläge, kritische und weiterführende Stellungnahmen und Anregungen vor. Die innerparteiliche Diskussion ist sehr intensiv. Wir können heute sagen, daß 1993 für unsere Partei das Jahr der Programm-Diskussion ist.

Das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Grundlagen und Zielen von Politik ist groß. Gerade in einer Zeit des Umbruchs ist eine Standortbestimmung der CDU den Mitgliedern sehr wichtig. Die Partei beschäftigt sich in der Grundsatzprogrammdiskussion mit den veränderten Ausgangsbedingungen und neuen Aufgaben, mit unseren Grundüberzeugungen und den gemeinsamen politischen Zielen, mit denen wir der Verantwortung für unser Land gerecht werden wollen. Wir bleiben mit dieser Diskussion bewußt nicht unter uns. Jeder einzelne

Bürger, jede Bürgerin kann Anmerkungen und Vorschläge einbringen; viele Bürger haben dies bereits getan und viele werden sich sicherlich auch weiter daran beteiligen. Hier wird die Offenheit unserer Volkspartei konkret. Wir haben auch gezielt Einzelpersonen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, Gruppen und Institutionen angeschrieben und um ihre Stellungnahme gebeten. Dazu gehören auch Repräsentanten der Kirchen, der For-

Zum Stand der Diskussion über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU nimmt der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, MdB Reinhard Göhner, Stellung

schaft und Wissenschaft, der Medien, der Familienverbände, der Wirtschaftsverbände, der sozialen Organisationen, der Umweltverbände sowie außenpolitische Experten. Dabei haben wir auf unseren Entwurf eine breite und überwiegend positive Resonanz erhalten.

Die zahlreichen Anmerkungen und Anregungen von einzelnen, von Experten aus der Öffentlichkeit und vor allem aus den Parteigliederungen, werden in der Überarbeitung des Entwurfes des neuen

Grundsatzprogramms Berücksichtigung finden. Am 25./26. Juni 1993 findet der große Grundsatzprogramm-Kongreß der CDU unter dem Leitgedanken des Programms „Freiheit und Verantwortung“ statt. Politiker, Wissenschaftler und Vertreter von Gruppen und Verbänden, Parteimitglieder und interessierte Bürger werden miteinander über das Grundsatzprogramm diskutieren.

Die Grundsatzprogramm-Kommission wird im Lichte dieser ersten Diskussionswelle den vorliegenden Entwurf überarbeiten. Anfang Oktober wird der Bundesvorstand dann über den Antrag zum Bundesparteitag beraten. Auf der Grundlage dieses Antrages zum Bundesparteitag werden dann in einer zweiten Diskussionsphase die antragsberechtigten Gliederungen der CDU erneut Gelegenheit zu Änderungs- und Ergänzungsanträgen haben, über die der Programmparteitag im Februar 1994 dann abschließend entscheiden und das neue Grundsatzprogramm beschließen wird.

Für eine freie und verantwortliche Gesellschaft

Die bisherige Diskussion zeigt vor allem, daß die zentrale Aussage des Grundsatzprogramms weitergehend herausgestellt werden muß: nämlich die freie und verantwortliche Gesellschaft. Wir sind uns im Grundgedanken einig, daß die Kopplung der Freiheit mit Verantwortung, mit Pflichten und Bürgersinn die richtige Antwort der Christdemokraten auf die Probleme unserer Zeit und tragende Säule der aktuellen Fortschreibung unserer Programmatik ist. Diese Leitidee einer Bürgergesellschaft ist unsere programmatische Antwort auf den anhaltenden „Rückzug ins Private“. Da die CDU erstmals in ihrer Programmatik eine solche Leitidee für die Gesellschaft formuliert,

konnte innerparteiliche Kritik daran nicht ausbleiben. Im Grundlagenteil wird diskutiert, ob die Formulierung unseres Verständnisses vom Menschen und seiner christlich begründeten Freiheit hinreichend die Verantwortung des Menschen für diese Freiheit deutlich macht. Wir werden diesen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung sowohl in den Grundlagen als auch in den einzelnen politischen Feldern verdeutlichen.

Zu unserem Programm einer freien und verantwortlichen Gesellschaft gehören:

- mehr Eigenverantwortlichkeit durch den Umbau des Sozialstaates,
- eine neue Offensive der Entbürokratisierung und Privatisierung sowie neue Chancen für Bürgersinn und Gemeinwohlorientierung,
- die neue Verantwortung Deutschlands in der Welt und der Einsatz für eine freie und verantwortliche Gesellschaft als gesamteuropäische Idee,
- neue Chancen für Technik und Wissenschaft sowie eine neue Synthese von Ökonomie und Ökologie in einer globalen Umweltpolitik zur Bewahrung der Schöpfung.

Beim Umbau des Sozialstaates gehen die Meinungen auseinander, wie weit die Eigenvorsorge und die Selbstverantwortung des einzelnen das bisherige soziale Sicherungssystem umgestalten sollen. Daß die Frage der Finanzierbarkeit der sozialen Leistungen auf der Tagesordnung steht, ist unstrittig. Insbesondere die Bedeutung der demographischen Veränderungen wollen wir dabei noch stärker herausstellen. Nicht nur im Hinblick auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland, sondern auch im Blick auf die Stärkung der verantworteten Freiheit werden wir klären, wie Solidarität und Subsidiarität in ein neues Gleichgewicht gebracht werden können.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wir dürfen unsere Kinder nicht alleine lassen — Kinder- und Jugendkulturinitiativen zwischen Elternhaus, Schule und Kommune

Im Einladungstext ist von den veränderten Bedingungen und neuen Horizonten von Kinder- und Jugendkulturarbeit die Rede. Sie sollen im Mittelpunkt des zweiten bundesweiten kinder- und jugendpolitischen Forums in Schloß Eichholz stehen, das vom **27. bis 29. Juni** in Eichholz stattfindet.

Einige der Hauptthemen:

- Kultur und gesellschaftliche Umbrüche — Warum brauchen wir Kultur?
- Was fasziniert Kinder und Jugendliche an Kultur?

Der Begriff der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Nach dem Entwurf des Grundsatzprogrammes geht es weniger um ein neues Etikett als vielmehr um ein neues Konzept zur Einbeziehung der ökologischen Dimension in unsere Wirtschaftsordnung. Nur mit einem stärkeren Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente werden wir einen effizienteren Umgang mit den natürlichen Ressourcen erreichen. Die inhaltliche Konzeption dieses ökologischen Umbaus und die Begründung des Prinzips der Gesamtvernetzung hat sehr viel Zustimmung erfahren.

Ein kontroverses Thema in der innerparteilichen Diskussion ist die Zukunft der Nationalstaaten in der Politischen Union Europas. Während der Programmentwurf nicht mehr die mißverständliche Formel des europäischen „Bundesstaates“ verwendet, sondern korrekt von der Euro-

■ Neue Strukturen, Ziele, Aufgaben und Probleme der Kinder- und Jugendkulturarbeit in den 90er Jahren

■ Welchen kulturellen Auftrag haben die Schulen? — Horizonte und Chancen kultureller Initiativen im Verein mit Eltern und Kommunen

Eingeladen sind vor allem: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugend- und Kulturämtern, jugend- und kulturpolitische Sprecherinnen und Sprecher in Gemeinden, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitglieder der Landeselternschaften.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Eichholz, Postfach 1331, W-5047 Wesseling (neue Postleitzahl ab 1. 7. 1993: 50387) ■

päischen Politischen Union spricht, vermissen andere das weitergehende Bekenntnis zu den „Vereinigten Staaten von Europa“. Das Ziel der europäischen Einigung wird in unserem Entwurf nicht zurückgenommen; aber es muß klar sein, daß die europäische Integration nicht Fremdbestimmung bedeutet, sondern Selbstbestimmung der Völker in dem größeren Ganzen, das heute für die Umsetzung der politischen Ziele und Aufgaben eines Staates notwendig ist.

Ein Thema mit großer Resonanz ist der Abschnitt „Medien“. Wir wissen, daß die Handhabbarkeit medienpolitischer Kontrollinstrumente sehr begrenzt ist. Unsere Anstöße zur Diskussion einer neuen Medienethik haben ein lebhaftes Echo ausgelöst. Damit ist ein erstes Ziel bereits erreicht, nämlich einen öffentlichen Diskurs über unsere Mediengesellschaft zu beginnen. Wir werden diese Diskussion mit weiteren konkreten Vorschlägen begleiten. ■

Gute Gründe für den Einsatz der Bundeswehr in Somalia

Wir erinnern uns noch an die Bilder: hilflose verhungernde Menschen, marodierende bewaffnete Banden, Bürgerkrieg und Vertreibung. Das war noch vor einem halben Jahr der Alltag in Somalia. Auch die deutsche Öffentlichkeit war entsetzt und forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, einzugreifen, den Hungernden zu helfen und den Mördern das Handwerk zu legen.

Die UN hat geholfen. Ohne ihren Einsatz wären Zehntausende weiterer Menschen verhungert oder im Bürgerkrieg ermordet worden. Jetzt gilt es, das Erreichte zu sichern und das Land dauerhaft zu befrieden. Deutschland leistet dazu mit der Entsendung von 1.700 Mann zur Versorgung der UN-Truppen und zur humanitären Hilfe für die Bevölkerung einen wichtigen Beitrag.

Die SPD will diesen Einsatz mit ihrer Verfassungsklage stoppen. Sie verunsichert damit die deutschen Soldaten in Somalia und gefährdet die Hilfsoperationen der Vereinten Nationen. Ohne die Vereinten Nationen aber würde der Hungertod wieder zehntausendfach nach Somalia zurückkehren. Die Argumente der Sozialdemokraten sind abenteuerlich:

Die SPD sagt: Die Verfassung deckt den Somalia-Einsatz nicht ab.

Richtig ist:

Das Grundgesetz erlaubt nicht nur humanitäre Einsätze wie in Somalia, sondern auch Einsätze zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen. Ent-

sprechend ist auch die sozialdemokratisch geführte Regierung Brand/Scheel der UN ohne Verfassungsvorbehalt beigetreten und hat damit auch deutsche UN-Einsätze akzeptiert.

Die SPD sagt: Somalia ist für die Bundeswehr kein humanitärer, sondern ein Kampfeinsatz.

Richtig ist:

Die Bundeswehr hat keinen Kampfauftrag. Sie übernimmt Versorgungsaufgaben für die Vereinten Nationen und leistet humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung. Die Soldaten sind nur zur Selbstverteidigung ermächtigt, aber nicht zur Bekämpfung von Banden. Die Befehlsgewalt über die deutschen Einheiten bleibt beim Bundesminister der Verteidigung.

Die SPD sagt: Das Einsatzgebiet der Deutschen ist nicht befriedet.

Richtig ist:

Das Einsatzgebiet der Bundeswehr bei Belet Huen ist 300 km von Mogadischu entfernt und auch nach Angaben der UN ein befriedetes Gebiet. Die Bundesregierung prüft dennoch fortlaufend die Sicherheit der Region, auch wenn es derzeit nur in Mogadischu zu Kampfhandlungen kommt. Im Falle von Übergriffen durch Rebellen kann die Selbstverteidigungskomponente der Bundeswehr genutzt werden.

Die SPD sagt: Wenn ein Risiko für deutsche Soldaten nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, müssen sie zurückgezogen werden.

Richtig ist:

Der Somalia-Einsatz ist für die beteiligten deutschen Einheiten nicht ohne Risiko. Das hat Verteidigungsminister Volker Rühle von Anfang an klar zum Ausdruck gebracht. Daher haben unsere Bundeswehreinheiten im Falle von Übergriffen durch Rebellen das Recht auf Selbstverteidigung und Nothilfe erhalten. Die gesamte humanitäre Aktion darf aber deswegen nicht sofort gefährdet sein. Es kann nicht zum Prinzip werden, Bundeswehrangehörige nur noch unter der Voraussetzung eines völligen Risikoabschlusses einzusetzen. Blauhelmeinsätze mit dieser Garantie gibt es nicht.

Die SPD sagt: Deutschland soll auch in Zukunft nach einer Verfassungsergänzung nur an solchen Einsätzen teilnehmen dürfen, wo das Risiko von Kampfhandlungen völlig ausgeschlossen werden kann.

Richtig ist:

Eine solche Politik würde Deutschland in der NATO, aber auch in der gesamten Völkergemeinschaft isolieren und eine deutsche Sonderrolle zementieren.

Deutschland würde sich durch seine Verfassung verbieten, was allen anderen Staaten erlaubt ist. Wenn Deutschland sich vor einem eigenen Beitrag für eine gerechte und friedliche Welt drückt, wird sein Ansehen schweren Schaden nehmen.

Die SPD verwechselt Verfassungsbeschwerden mit einer gestaltenden Außenpolitik. Sie hat sich immer noch nicht auf die geänderte Lage nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Wiedervereinigung Deutschlands einstellen können. Diese Politik des „ohne mich“ würde Deutschland in die Isolation führen und unserem Land schweren Schaden zufügen. ■

Der Kanzler sieht das deutsche Ansehen im Ausland gefährdet

Wir sollten nicht vergessen, daß alle innenpolitischen Diskussionen auch eine außenpolitische Wirkung haben. Ich sage dies im besonderen Hinblick auf unsere Debatte um die Teilnahme der Bundeswehr an friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen, um unsere Rechte und Pflichten in der UNO.

Auch als Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses haben wir Verpflichtungen übernommen, die von uns in einer vernünftigen und in einer klaren Weise erfüllt werden müssen.

Wenn jetzt, wie wir es bei den Nachrichten über den Somaliaeinsatz erlebt haben, im innenpolitischen Streit unser Engagement in Zweifel gezogen wird, hat dies katastrophale Folgen für unsere Reputation, für unser weltweites Ansehen. Eine deutsche Weigerung, solche selbstverständlichen Verpflichtungen zu übernehmen, würde bei unseren Partnern und Nachbarn nur auf Unverständnis stoßen und als Akt der Undankbarkeit begriffen werden.

Helmut Kohl anlässlich des 30jährigen Bestehens des Wirtschaftsrates der CDU

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 15. Juni 1993 den Bundestagsabgeordneten **Dr. Hermann Pohler** zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Treuhand der Fraktion gewählt. Zum Vorsitzenden der Enquete-Gruppe „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ wurde der CSU-Bundestagsabgeordnete **Hartmut Koschyk** gewählt.

Positive Trendwende im Osten

Das ergab eine Umfrage unter 570 Unternehmen

Einen positiven Trend bei der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern hat die Unternehmensberatung Kienbaum und Partner ausgemacht. Sogar Mittelständler im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern denken überwiegend optimistisch, wie eine Umfrage unter 570 Firmen aus Handwerk, Handel, Dienstleistungen, Baugewerbe und verarbeitendem Gewerbe ergab. Erträge und Umsätze haben sich in fast allen Bereichen erfreulich entwickelt, nur beim Handel sind die Gewinne trotz des gestiegenen Absatzes rückläufig.

Begründet wird diese Diskrepanz mit den hohen Steigerungen der Kosten für Mieten beziehungsweise Immobilien und Grundstückspreise. Ertragsmindernd wirkt auch der Wettbewerb mit den Firmen aus den alten Bundesländern. Jedes fünfte Handelsunternehmen sieht deshalb mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Diese Einstellung teilen 15 Prozent der Bauunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die trotz der derzeit guten Geschäftslage — sie stellen als einziges Personal ein, alle anderen bauen Stellen ab — auch die zunehmende Konkurrenz aus dem Westen fürchten.

Die befragten ostdeutschen Mittelständler begründen ihren Optimismus auch mit der Hoffnung auf wachsende Absatzmärkte in Osteuropa. Zwar ist dieser Markt seit der Vereinigung eingebrochen, der Export der neuen Bundesländer ging um rund 75 Prozent zurück, die Importe sanken um 83 Prozent, trotzdem aber sehen die Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern im Osten größere Chancen

als im westlichen Teil der Bundesrepublik und im westeuropäischen Ausland.

Deutlich abgenommen haben die Klagen über die Infrastruktur. Jedes zweite aller befragten Unternehmen war mit dem Ausbau von Straßen, Telefonverbindungen und Postdiensten zufrieden. ■

Handel steigert im Osten Investitionen um 25 Prozent

„Die Unternehmen des Handels werden ihre Investitionen 1993 in den neuen Bundesländern um rund 25 Prozent auf ca. 6,5 Mrd. DM gegenüber 1992 steigern. Damit würde die Investitionssteigerung im Handel ca. fünf Prozentpunkte über dem Durchschnittswert der Investitionen der gesamten Wirtschaft liegen,“ sagte der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Michael Fuchs, beim Treffen von Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern mit Bundeskanzler Helmut Kohl. In seiner Stellungnahme betonte der BGA-Präsident, daß die Investitionen einerseits eine entsprechende Produktion nach sich ziehen und Arbeitsplätze sichern würden. Andererseits würden sie dazu beitragen, daß der Handel in Ostdeutschland die gleiche Struktur und Leistungsfähigkeit wie in den alten Bundesländern erreichen werde.

Kräftiger Produktionsschub

In der ostdeutschen Industrie hat die Produktion im März kräftig um 14,5 Prozent gegenüber dem Vormonat zugelegt, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit.

Mehr Mut zur Ordnungspolitik

Eine leistungsstarke und innovative Wirtschaft ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung der großen Herausforderungen, die auf unser Gemeinwesen zukommen. Gerade aus Sicht der jungen Generation sind deshalb energische Schritte zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig, damit auch zukünftig angesichts der sich ändernden Altersstruktur und des zunehmenden internationalen Standortwettbewerbs „Wohlstand für alle“ gesichert werden kann.

Deregulierungsmaßnahmen sind notwendig, um die Wirtschaft von innovationsfeindlichen Hemmnissen zu befreien. Eine umfassende Privatisierungsinitiative auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene muß den kreativen Kräften des Wettbewerbs wieder den Vorrang einräumen und auch der Subventionsabbau kann ordnungspolitisch erfolversprechend angegangen werden.

Deregulierung

Die Bundesregierung hat in ihrem Kabinettsbeschluß vom 24. Juni 1992 in weitestgehender Umsetzung der Empfehlungen der sog. Deregulierungskommission mehr Markt und Wettbewerb in den Bereichen Versicherungswesen, Verkehr, Energiewirtschaft, technisches Prüfwesen, Rechtsberatung und Arbeitsmarkt beschlossen. Im Bereich des Versicherungswesens sind große Fortschritte durch die Vollendung des Binnenmarktes und das EWR-Abkommen erzielt worden. Im Verkehrswesen sind durch Ände-

rungen des Güterkraftverkehrsgesetzes und der Höchstzahlenverordnung Maßnahmen ergriffen worden, die einen verstärkten Wettbewerb ermöglichen und somit ökonomische und ökologische Ineffizienzen beseitigen helfen.

Gleichwohl stehen weitere wichtige Deregulierungsmaßnahmen noch aus, deren zügiges Aufgreifen die Junge Gruppe und der BJU gemeinsam fordern.

Dies betrifft zum einen das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit, das zur Behebung der Rekrutierungsschwierigkeiten am Arbeitsmarkt im

Eine gemeinsame Erklärung der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Bundesverbandes Junger Unternehmer

Interesse aller Betroffenen endlich aufgehoben werden muß. Die Kündigung des IAO-Übereinkommens Nr. 96 über die Nichtzulassung privater Arbeitsvermittlung durch die Bundesregierung hat hierfür den erforderlichen Handlungsspielraum geschaffen, den es nun entschlossen aufzugreifen gilt. Dies bedeutet, daß die Bundesanstalt für Arbeit in umfassenden Wettbewerb mit anderen Anbietern tritt.

Die Formen individueller Arbeitszeiten mit Arbeitszeitausgleich müssen wesentlich flexibler als bisher gehandhabt werden können. Das als Referententwurf vorliegende Arbeitszeitgesetz sollte zügig vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine generelle Überprüfung des Ladenschlußgesetzes anzumahnen, das nicht nur von großen

Teilen der Bevölkerung als lästiger Anachronismus empfunden wird, sondern auch erhebliche wettbewerbsverzerrende Wirkungen entfaltet. Die Junge Gruppe und der Bundesverband Junger Unternehmer fordern die Tarifvertragsparteien auf, den jenseits gesetzlicher Regelungen möglichen Flexibilisierungsspielraum endlich entschlossen zu nutzen.

Beachtlicher Deregulierungsbedarf ist im Bereich der Handwerksordnung auszumachen. Auch wenn nach Auffassung der Jungen Gruppe am Großen Befähigungsnachweis nicht gerüttelt werden soll, so sind doch Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zur selbständigen Handwerksausübung dringend angezeigt, die insbesondere bei den Zulassungs- und Prüfungsbedingungen ansetzen müssen. So sollte z. B. Altgesellen nach 15jähriger praktischer Berufserfahrung im Wege eines Ausnahmewilligungsverfahrens eine Existenzgründung ohne Meisterprüfung erleichtert werden. Auch die Bedingungen für eine Verbreiterung des Leistungsangebots der Handwerker im Sinne eines „Angebot aus einer Hand“ müssen verbessert werden. Insbesondere kleineren Betrieben müssen verbesserte Möglichkeiten geschaffen werden, Arbeiten im Vorbehaltsbereich anderer Handwerke auszuführen. Nur durch diese Reformmaßnahmen kann gewährleistet werden, daß sich das Handwerk den Erfordernissen des Gemeinsamen Marktes gewachsen zeigt und der Aufbau eines leistungsstarken Mittelstandes in den neuen Bundesländern vorangetrieben wird.

Privatisierung

Im Bereich der Staatsunternehmen und der Betriebe mit öffentlicher Beteiligung ist eine grundsätzliche ordnungspolitische Diskussion über Sinn und Zweck einer Unternehmertätigkeit der öffentlichen Hand zu führen. Hierbei sollte die

Auseinandersetzung nicht vorrangig unter dem Aspekt der Erzielung von Privatisierungserlösen stehen, sondern den Eigenwert privater Wirtschaftstätigkeit für eine freiheitlich verfaßte Gesellschaft betonen. Jedwede staatliche Tätigkeit sollte einer Umkehr der Beweislast dahingehend unterzogen werden, daß die besonderen Gründe dargelegt werden, warum die öffentliche Leistung nicht über den Marktprozeß hergestellt werden soll oder kann. Mehr Transparenz könnte beispielsweise dadurch herbeigeführt werden, daß von Bund, Länder und Kommunen für alle Unternehmen der öffentlichen Hand oder mit öffentlicher Beteiligung regelmäßig Privatisierungsrechnungen in standardisierter Form vorgelegt werden, die Privatisierungspotentiale und -vorbehalte anzeigen, so daß eine politische Diskussion hierüber ermöglicht wird. Auf diese Weise kann eine notwendige Versachlichung der Diskussion erreicht werden, die nicht durch nebulöse Schlagwörter wie „Rosinenpickerei“ und „Kein Verkauf von Tafelsilber“ zum Verstummen gebracht werden kann.

Die Junge Gruppe und der BJU erkennen an, daß auf der Ebene des Bundes die Bemühungen zur formellen und materiellen Privatisierung konsequent vorangetrieben werden. Dies ist gerade in den Bereichen der Bundespost und der Bundesbahn als den Erstellern wichtigster Infrastrukturleistungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Festzuhalten bleibt aber, daß die Bundesländer und Kommunen bislang kaum wirkliche Privatisierungsanstrengungen unternommen. Aus diesem Grund wird die Junge Gruppe im Rahmen einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung Auskunft darüber erbitten, wie sie die Möglichkeiten beurteilt, durch Einfügung eines einschlägigen Grundgesetzartikels oder durch eine Änderung anderer ein-

schlägiger Rechtsvorschriften die Bundesländer und die Kommunen zu verstärkter Privatisierung anzuhalten.

Als beispielhafte Felder für Privatisierungsanstrengungen sind die verbreitete Praxis der Kommunen zu nennen, die Versorgung mit Wasser, Gas, Strom und Fernwärme, die Abfallbeseitigung, den öffentlichen Personennahverkehr u. a. m. im Querbund unter eigener Regie zu betreiben, und der Bereich der öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu nennen. Diese bieten heute ganz normale Bankdienstleistungen an und verfolgen keinen speziellen öffentlichen Auftrag mehr. Ein ökonomisch vertretbares Argument für die Beibehaltung des gegenwärtigen Status ist nicht zu erkennen.

Subventionsabbau

Die enorme Verschuldung der öffentlichen Haushalte — nicht zuletzt durch die Belastungen der Wiedervereinigung bedingt — ist ein auf die Zukunft ausgesetzter Wechsel, der gerade für zukünftige Generationen zu einer immer drückender werdenden Belastung wird. Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesverband Junger Unternehmer fordern in der jetzigen Situation das Problem der Haushaltskonsolidierung endlich mit neuen erfolgversprechenden Konzepten anzugehen. Konkrete Sparvorschläge zu Einzeltiteln sind hilfreich und sicher notwendig, bergen aber — wie die Vergangenheit gezeigt hat — die Gefahr in sich, ohne Einbettung in eine mittelfristige Finanzplanung als Ad-hoc-Maßnahmen im Sand zu verlaufen. Der Gesetzgeber muß dem Umstand angemessene Rechnung tragen, daß das „Herunterfahren“ eines Haushalts qualitativ etwas völlig anderes ist, als das Einräumen neuer Haushaltsmittel.

Aus konsequent ordnungspolitischer Perspektive bietet sich aus diesem Grund das Aufstellen einer sogenannten „Kürzungs-

ordnung“ an. In einer solchen Kürzungsordnung werden gesamtwirtschaftlich vorteilhafte, allgemeine Kürzungsregelungen, wie z. B. eine lineare Kürzung oder eine degressive Ausgestaltung, festgehalten, die für eine unbestimmte Zahl zukünftiger Anwendungsfälle gelten sollen. Ziel einer solchen Rahmenordnung soll es sein, die Betroffenen schon vor der Konfrontation mit Kürzungsanforderungen im Rahmen konkreter Kürzungspläne Regeln für die Verarbeitung etwaiger Sparmaßnahmen entwickeln zu lassen. Hierbei ist gezielt das Mittel der Ungewißheit über die tatsächliche Umsetzung solcher Kürzungspläne einzusetzen. Auch die Einschaltung auswärtiger Gutachter (hier wäre z. B. an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder an die Rechnungshöfe zu denken) ist zur Erzeugung von Objektivität in Erwägung zu ziehen.

Die Junge Gruppe und der BJU wollen auch durch eine solche „Kürzungsordnung“ eine Umkehrung der Beweislast erreichen: Nicht mehr der Zustand des Nicht-Kürzens soll angesichts der großen Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte als Normalfall betrachtet werden, sondern der des Kürzens. Aufgabe der Politik soll es nicht mehr sein, nach Stellen zu suchen, an denen gekürzt werden kann, sondern nach Stellen Ausschau zu halten, an denen nicht — oder jedenfalls nicht sehr — gekürzt werden darf. In der Bundeshaushaltsordnung ist eine erweiterte mittelfristige Finanzplanung zu verankern, die die ständige Ausarbeitung von Eventualkürzungsplänen vorsieht. Alle Behörden sollten in einer Anlage zum Haushaltsplan angeben, welche Mittel bei ihnen aus rechtlichen Gründen (mittelfristig) zwingend erforderlich sind und über welche Mittel im Prinzip eine politische Diskussion geführt werden könnte. ■

Härtere Strafen für Gewalttäter sind unbedingt erforderlich

Nach den schrecklichen Ereignissen in Solingen müssen die Rechtspolitiker des Deutschen Bundestages sich fragen lassen, wie es um die Ernsthaftigkeit der ständig wiederholten Bekundung steht, der Rechtsstaat müsse mit aller Härte gegen Gewalttäter vorgehen. Bei der Aufklärung des mehrfachen Mordes scheinen die Ermittlungsbehörden auf dem richtigen Weg zu sein: Die Verhaftung der Tatverdächtigen spricht dafür, daß die erfolgreiche Ermittlungsarbeit der Polizei und Staatsanwaltschaft insofern nicht an unzulänglichen Gesetzen scheitert.

Was aber tut der Staat, wenn vor laufender Fernsehkamera ein Demonstrant einem am Boden Liegenden mit einem Stein den Kopf einschlägt? Eine solche „gefährliche Körperverletzung“ kann nach § 223 a Strafgesetzbuch mit einer geringfügigen Geldstrafe bestraft werden! Die Rechtspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben bereits im Herbst letzten Jahres den Entwurf eines Gesetzes zur „Eindämmung von Gewalt“ erarbeitet, für den sich bisher im Deutschen Bundestag aber keine Mehrheit finden ließ. Kernstück dieses Gesetzentwurfs ist die Strafanhebung bei Gewaltdelikten. Im Falle der gefährlichen Körperverletzung fordern wir eine Mindeststrafe von sechs Monaten. Die Politiker aller demokratischen Bundestagsfraktionen sind aufgefordert, wenn ihnen daran gelegen ist, den inneren Frieden wiederherzustellen, mit uns diesen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen und rasch zu verabschieden.

Härtere Strafgesetze sind kein Patentre-

zept zur Wiederherstellung des inneren Friedens, wir müssen aber endlich die unsägliche deutsche Rechtstradition beenden, nach der Diebstahl härter bestraft wird als Körperverletzung.

Von Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wer einen Stein nimmt und diesen auf den Kopf eines anderen schlägt, gehört ins Gefängnis. Es ist den mutigen und besonnenen Polizisten bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wie in Solingen nicht zuzumuten, unter Einsatz ihres Lebens Täter dingfest zu machen, um hernach mitzuerleben, wie diese mit milder Geldstrafe wieder auf freien Fuß gesetzt werden

Wortfalle

Wer die akustische Beweissicherung der Polizei gegen Schwerverbrecher einen „großen Lauschangriff“ nennt, läßt den rechtschaffenen Bürger in eine Sprachfalle tappen; denn nicht der Rechtsstaat greift den Bürger in seiner Wohnung an, sondern durch den Schutz der Unverletzlichkeit der Wohnung haben Schwerverbrecher einen quasi fahndungsfreien Raum für die Verabredung und Planung ihrer Verbrechen.

Der Schutz der Bürger vor Verbrechen muß uns wichtiger sein als die Aufrechterhaltung eines Prinzips, das heute vielfach die Verbrecher mehr als die Bürger schützt.

Generalsekretär Peter Hintze zu den Beschlüssen auf dem FDP-Parteitag

Angela Merkel:

Wir machen gemeinsame Sache: Gleichberechtigung gleich jetzt

Gleichberechtigungspolitik richtet sich an die Gesellschaft insgesamt. Sie betrifft die Lebensgestaltung von Frauen und Männern. Allein durch Frauenförderung und gesetzliche Regelungen zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen ist Gleichberechtigung nicht zu verwirklichen. Nur wenn Frauen und Männer auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten sich partnerschaftlich begegnen, um gemeinsame Aufgaben gleichberechtigt wahrzunehmen, ist Gleichberechtigung zu erreichen. Deshalb haben wir die Kampagne unter das Motto „Wir machen gemeinsame Sache – Gleichberechtigung gleich jetzt“ gestellt.

Der Ansatz ist richtig, die Mehrheit der Deutschen ist aufgeschlossen für praktisch gelebte Gleichberechtigung, aber vor allem Männer brauchen Anstöße, um die noch vorhandene Diskrepanz zwischen Denken und Handeln aufzuheben. Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit wird Partnerschaft von Frau und Mann als Voraussetzung für Gleichberechtigung in die Arbeitswelt und Gesellschaft hineingetragen.

Die Kampagne verzichtet dabei auf die aufwendige Produktion von Werbemitteln. Lediglich vier Plakate, die Partnerschaft in der Familie, im Beruf und in Verbänden visualisieren, werden über die Gleichstellungsbeauftragten, vor allem aber über Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, gestreut. Kernstücke der Kampagne ist eine differenzierte Ansprache von Männern über Medien, die von

diesen vorrangig gelesen werden. Dazu gehören Wirtschaftsmagazine, Sport- und Autozeitschriften.

Für die Zielgruppe Kinder wurden Fernsehspots, Musikvideos und Radiotakes entwickelt. Die Stoffpuppe Bino und ihre Freundin Lucy aus der Kinderserie Bim-Bam-Bino werden Jungen und Mädchen zeigen, wieviel Spaß es macht, gemeinsam zu spielen und zu arbeiten, ohne auf Jungen- oder Mädchenrollen festgelegt zu sein. Es wurden 30 Spielszenen produziert, die bis zum Oktober im Kabelkanal ausgestrahlt werden.

Für die Kinderfernsehsendung Ping Pong wurden mit 6- bis 14jährigen Spielszenen in Form von Musikvideos produziert, in denen rollentypisches Verhalten partnerschaftlichen Lösungen gegenübergestellt wird. In der Zeit von Mai bis Oktober steht in dieser ARD-Sendung das Thema Gleichberechtigung auf dem Programm. Im Stil von „Papa, Charlys Vater hat gesagt . . .“ wurden fünf Radiotakes zum Thema Gleichberechtigung für den Hörfunk produziert.

Darüber hinaus wird das Bundesministerium für Frauen und Jugend einen Kindermalwettbewerb zum Thema Gleichberechtigung ausschreiben. Die 50 besten Arbeiten werden prämiert und auf Kinderseiten der Print-Medien sowie in der Kindersendung Bim-Bam-Bino vorgestellt werden. Die besten Zeichnerinnen und Zeichner werden zum Kinderfest des Bundeskanzlers eingeladen. Die Kampagne wird von Mai bis November durchgeführt.

Gesundheitsstrukturgesetz greift

Ausgaben der Krankenkassen deutlich zurückgegangen

Mit den jetzt vorliegenden Finanzschätzungen der gesetzlichen Krankenversicherung für das 1. Quartal 1993 liegen erstmals konkrete Anhaltspunkte über die finanziellen Auswirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes auf die Krankenkassen vor.

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer konnte eine positive Bilanz ziehen: „Die Finanzschätzungen für die ersten drei Monate dieses Jahres zeigen: Das Gesundheitsstrukturgesetz greift. Nach Jahren der Ausgabenexplosion, Rekorddefiziten und Rekordbeitragssätzen sind die Ausgaben der Krankenkassen jetzt wieder zurückgegangen.

Aussagen, nach denen die Ausgabenstei-

gerungen im Krankenhausbereich die Einsparungen in den übrigen Sektoren wieder zunichte machen, werden durch die Zahlen des 1. Quartals nicht belegt. Dennoch sind die Verantwortlichen im Krankenhaus gefordert, die neuen Instrumente für mehr Wirtschaftlichkeit konsequenter für Einsparungen nutzen. Nicht akzeptabel sind die hohen Wachstumsraten bei den Fahrtkosten, verursacht durch z.T. extreme Gebührensteigerungen (bis zu 200 Prozent) bei Krankentransporten und Rettungsdiensten durch die Kommunen. Es kann nicht hingegenommen werden, daß hier offensichtlich der Versuch unternommen wird, die kommunalen Haushalte auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung zu sanieren. ■

Wichtiger Schritt zur Konsolidierung

Die jetzt offiziell für alle Kassenarten vorliegenden Zahlen bestätigen: Das Gesundheits-Strukturgesetz zeigt Wirkung! Den krassen Steigerungsraten des vergangenen Jahres in allen wichtigen Ausgabesektoren steht nunmehr ein Rückgang der gesamten Ausgaben in Höhe von 1,5 Prozent gegenüber. Die Ausgabeentwicklung im ersten Quartal '93 hat damit das Grundlohnsummenwachstum (4,9 v. H.) deutlich unterschritten.

Mit dem Gesundheits-Strukturgesetz ist es gelungen, das ungebremste Ausgabenwachstum in der gesetzlichen Kranken-

versicherung des vergangenen Jahres zu stoppen und den ersten und entscheidenden Schritt zur Konsolidierung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung zu tun. Beitragssatzstabilität wird damit durchgesetzt; Beitragssatzsenkungen werden mittelfristig möglich sein! Fazit bleibt daher: Wir haben richtig und rechtzeitig gehandelt. Die Gesundheitsstrukturreform war ein erster und wichtiger Beitrag zur Sicherung des Standortes Deutschland.

Gleichwohl ist noch kein Anlaß zur Entwarnung gegeben, auch wenn vorsichtiger Optimismus durchaus erlaubt ist, stellte MdB Paul Hoffacker fest. ■

Berliner CDU beschließt Erneuerung der Parteiarbeit

Der fünfte Landesparteitag der Berliner CDU im Roten Rathaus war geprägt von selbstkritischer Nachdenklichkeit. Mit den Themen Grundsatzprogramm, Parteireform und Verwaltungsreform stand ein Spektrum zur Diskussion, das in seiner Breite nur noch vom Wetter übertroffen wurde: von Tropenglut bis zu kaltem Regen. Halleluja-Gesänge auf die Christlich-Demokratische Union waren weniger zu hören als die Frage, ob denn die Partei dem „C“ in ihrem Namen auch gerecht werde.

CDU-Generalsekretär Peter Hintze, zum Parteitag eigens aus Bonn angereist, kritisierte die Überbetonung von Freiheit und Selbstverwirklichung in den 70er Jahren gegenüber der Verpflichtung auch auf das Gemeinwohl: „Wenn wir in der kleinen Gesellschaft des Egoismus landen, haben wir keine Zukunft mehr!“ Der Staat dürfe nicht nur vermeintliche Wohltaten austeilen, sondern er müsse den Bürgern auch Leistung abfordern. Eberhard Diepgen variierte das Thema mit der Feststellung: „Wenn wir jetzt nicht fasten, werden wir später hungern!“

In der Diskussion über den von der Bundespartei vorgelegten Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes kritisierten etliche Delegierte, daß er mehr einem Versandhauskatalog ähnele, als daß man ihn als straffe Zusammenfassung der CDU-Grundsätze auch praktisch verwenden und einem Interessenten in die Hand drücken könne. Die Kritikpunkte sollen bei der für die Sommerpause vorgesehenen Überarbeitung des Entwurfs mit in die Diskussion einfließen.

Grundlage für die Diskussion über eine

Erneuerung der Parteiarbeit war eine Vorlage des Landesvorstandes, die auf eine stärkere Einbeziehung der Mitglieder in die Willensbildung der Partei abzielt, ohne dabei die Verantwortlichkeiten zu verwischen. In Fragen von grundsätzlicher Bedeutung soll der Landesvorstand in Zukunft die Meinung der Mitglieder erfragen — ein in monatelangen Diskussionen der Parteigremien erarbeiteter Vorschlag, wie er von der SPD jetzt mit großem Medienwirbel, aber nur deswegen praktiziert wurde, um aus der Sackgasse der SPD-Kopflösigkeit nach dem Scheitern Engholms herauszukekommen.

Um das Parteileben auch für Außenstehende erlebbar und interessant zu machen, wird eine bis zu einem Jahr währende Gastmitgliedschaft eingeführt, ohne Beitragsverpflichtung, aber mit Rede- und Antragsrecht. Das Wahlrecht innerhalb der Partei bleibt nach wie vor den beitragszahlenden Mitgliedern vorbehalten. Zur weiteren Öffnung der Partei bei der Meinungsbildung werden Kreisparteitage grundsätzlich öffentlich abgehalten, schriftlich eingeladene Gäste erhalten Rederecht, und die Fachforen sollen nicht mehr an einer zentralen Stelle, sondern reihum in den Kreisverbänden stattfinden, um auch den Mitgliedern des jeweiligen Kreisverbandes die Teilnahme zu ermöglichen.

Für die öffentlichen Wahlen und Mandatsträger regten die Delegierten an, für Senatoren während der Dauer ihrer Amtszeit ein „Ruhendes Mandat“ im Parlament einzuführen und bei den Kommunalwahlen das System des Komulierens im Wahlrecht zu verankern, um die Ein-

flußmöglichkeit des Wählers auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Gremien zu verstärken.

Breiten Raum nahm die Diskussion von Sicherheitsfragen einschließlich der Asylproblematik ein. CDU-Generalsekretär Hintze warf der SPD vor, bei der Asyl-Diskussion die Einführung menschenwürdiger Zustände in den Herkunftsländern zu fordern, im konkreten Fall aber — wie Somalia — mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes gegen die erforderlichen Maßnahmen zu drohen. Als eine „Wortfalle“ bezeichnete Hintze den Einsatz des Wortes „Lauschangriff“ in der politischen Diskussion. Es sei doch nicht der Staat, der die Bürger angreife, sondern es seien die Verbrecher, vor deren Übergriffen die Bürger geschützt werden müßten. In diesem Zusammenhang forderte er auch die FDP auf, der Polizei bei ihrem schweren Kampf gegen die organisierte Kriminalität zur Seite zu stehen und ihr nicht aus einer falsch verstandenen Liberalität in den Arm zu fallen: „Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat!“ Nachdrücklich wandte sich Hintze gegen eine pauschale Verteufelung der Deutschen als fremdenfeindlich: „Kein anderes Volk hat so viele Ausländer aufgenommen wie wir, aber wir wollen auch nicht die Konflikte anderer Länder sich auf deutschem Boden austoben lassen!“ In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall. Man müsse auch von den hier lebenden Ausländern nach einer angemessenen Frist eine Entscheidung erwarten.

Als die entscheidende politische Aufgabe der nächsten Zeit nannte der scheidende Berliner CDU-Generalsekretär Karl-Joachim Kierew die Herbeiführung der inneren Einheit Deutschlands. Die Delegierten bestätigten seine Auffassung mit langanhaltendem Beifall. ■

Zitat

Für mich ist klar: Wir müssen heute die Versäumnisse aus der Vergangenheit aufarbeiten. Unzeitgemäße Besitzstände müssen aufgegeben und Prioritäten neu gesetzt werden. Denn nur mit der Bereitschaft zum Wandel werden wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im harten internationalen Wettbewerb bewahren können. Die Diskussion um den Standort Deutschland wird uns in den kommenden Monaten und Jahren intensiv beschäftigen. Im Laufe des September werden wir hierzu ein Diskussionspapier vorlegen, das wir im Oktober im Parlament beraten können. Alle in unserem Land sind zur Teilnahme an der Standortdiskussion eingeladen.

Helmut Kohl in der „Kanzlerrunde“ am
14. 6. 1993

SPD streitet über Sozialkürzungen

Angesichts der drastisch steigenden Staatsverschuldung ist in der SPD ein heftiger Streit über die Frage entbrannt, ob sie ihren prinzipiellen Widerstand gegen Kürzungen sozialer Leistungen aufgeben soll oder nicht. Erste prominente sozialdemokratische Politiker, die für Sozialkürzungen als letztes Mittel plädierten, ernteten dafür massive Kritik des SPD-Sozialexperten Rudolf Dreßler und des Präsidiumsmitglieds Heidemarie Wiczorek-Zeul.

Kürzungen von Sozialleistungen dürfen nach Ansicht des brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe kein Tabu sein. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Manfred Struck, erklärte: „Auch die Sozialdemokraten, müssen umdenken. Zum Sparen gehören nun mal auch Kürzungen im Sozialbereich.“

Energiepolitik für Standort Deutschland

Leitlinien für eine zukunftsorientierte Energiepolitik hat die CDU/CSU-Fraktion in der letzten Mai-Woche verabschiedet. Ein Auszug daraus wird im folgenden dokumentiert:

1. Ziele

Die Energiepolitik muß vorrangig folgende Ziele berücksichtigen:

- Klarheit und Verlässlichkeit der Energiepolitik
- Versorgungssicherheit
- Wirtschaftlichkeit
- Umweltverträglichkeit
- Ressourcenschonung

Die Erreichung dieser Ziele ist eine wesentliche Grundlage für die ökonomische und ökologische Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft, die im internationalen Wettbewerb steht.

Klarheit und Verlässlichkeit der Energiepolitik

Energiepolitik ist Teil der Wirtschaftspolitik. Sie muß dafür sorgen, daß eine gesicherte Versorgung mit Energie auch über längere Zeiträume gewährleistet ist. Die langen Vorlaufzeiten und die kapitalintensiven Investitionen in der Energiewirtschaft lassen energiepolitische Entscheidungen nur für längere Zeiträume zu. Im Wettbewerb um Investitionsstandorte gehört eine berechenbare und verlässliche Energiepolitik, die die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen ihrer Entscheidungen berücksichtigt, zu den wichtigsten Standortbedingungen.

Versorgungssicherheit

Eine Energieversorgung, die nur auf dem „Prinzip Hoffnung“ begründet ist (z. B. überzogene Energieeinspar-Erwartungen

oder unrealistische Annahmen über Steigerungsraten bei den erneuerbaren Energien), darf es im Interesse des Standortes Deutschland nicht geben.

Ein komplexes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann sich eine Störung der Energieversorgung wegen der damit verbundenen Gefahren für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und soziale Sicherheit nicht leisten. Deshalb müssen die spezifischen Risiken der einzelnen Energieträger und Lieferländer durch eine diversifizierte Energieträgerstruktur ausgeglichen werden.

Ein sinnvoller Energiemix, bestehend aus Kohle, Erdöl, Kernenergie, Erdgas und regenerativen Energien, muß deshalb auch zukünftig Grundlage der deutschen Energieversorgung bleiben.

Wirtschaftlichkeit

Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft muß Energie unter Berücksichtigung der Sicherheits- und Umweltschutzziele und der Ressourcenschonung zu den günstigsten gesamtwirtschaftlichen Kosten bereitgestellt werden. Zwei Drittel der Energiekosten der Industrie sind Stromkosten. Deshalb müssen die deutschen Strompreise international wieder wettbewerbsfähig werden.

Umweltverträglichkeit

Die erkennbaren Schädigungen der Umwelt und die Gefährdung der Erdatmosphäre verbinden die Umwelt- und Energiepolitik engstens miteinander. Deshalb müssen die energiepolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, daß davon Anreize ausgehen für die weitere Verringerung der klassischen Luftschadstoffe (insbesondere Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub) und daß ein

gewichtiger Beitrag zur Erreichung des Ziels geleistet wird, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent zu vermindern.

Die breite Diversifizierung der Energieträger bedeutet gleichzeitig auch eine Diversifizierung von Umweltrisiken.

Ressourcenschonung

Angesichts der Begrenztheit der Vorräte fossiler Energieträger und angesichts des wachsenden Energiebedarfs der Entwicklungs- und Schwellenländer muß mit endlichen Ressourcen im Interesse künftiger Generationen möglichst sparsam umgegangen werden. Deshalb sind konsequente Energieeinsparung, Steigerung der Effizienz bei Förderung, Umwandlung, Transport, Verteilung und Verwendung der Energie, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch die Nutzung der Kernenergie unabdingbar. Zugleich dient dies dem Ziel der CO₂-Minderung.

2. Mehr Wettbewerb national und international

Im europäischen Energie-Binnenmarkt muß der Wettbewerb in der Strom- und Gasversorgung nachhaltig belebt werden. Dazu müssen alle staatlichen Regelungen überprüft werden, die den Beteiligten Monopolsituationen sichern oder auf Wettbewerb angelegte Investitionen erschweren.

Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion, die kritische Überprüfung staatlicher Versorgungsmonopole, Einfuhrmonopole und Ausfuhrmonopole; die kritische Überprüfung der Handhabung des Wegerechts durch die Kommunen und der Gebietsschutzverträge (§ 103 GWB) und mehr Privatisierung oder zumindest Teilprivatisierung im Bereich der Energieversorgung;

3. Sparsame und rationelle Energieverwendung

Die Anstrengungen für eine sparsame und rationelle Energieverwendung müssen angesichts der Klimaproblematik und der notwendigen Ressourcenschonung verstärkt fortgeführt werden.

Eine effiziente Einsparpolitik erfordert eine Bündelung der Maßnahmen und eine Koordinierung zwischen Bund und Ländern. Dabei sind als Kriterien ökologische und ökonomische Effizienz, Umsetzbarkeit, soziale Verträglichkeit und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen anzulegen.

Eine maßgebliche Rolle kommt Instrumenten zu, die über den Markt wirken. Internationale Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft müssen dabei vermieden werden.

4. Energieträger

Die Nutzung der Kernenergie und ihre Weiterentwicklung ist angesichts der Klimaproblematik auch bei Verstärkung von Energieeinsparmaßnahmen und verstärkter Verwendung regenerativer Energieträger in Deutschland nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Gründen unverzichtbar.

Die versorgungspolitisch notwendige ausgewogene Diversifizierung der Stromversorgung und das klimapolitische Ziel einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes sind nur bei weiterer Nutzung der Kernenergie zu erreichen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert:

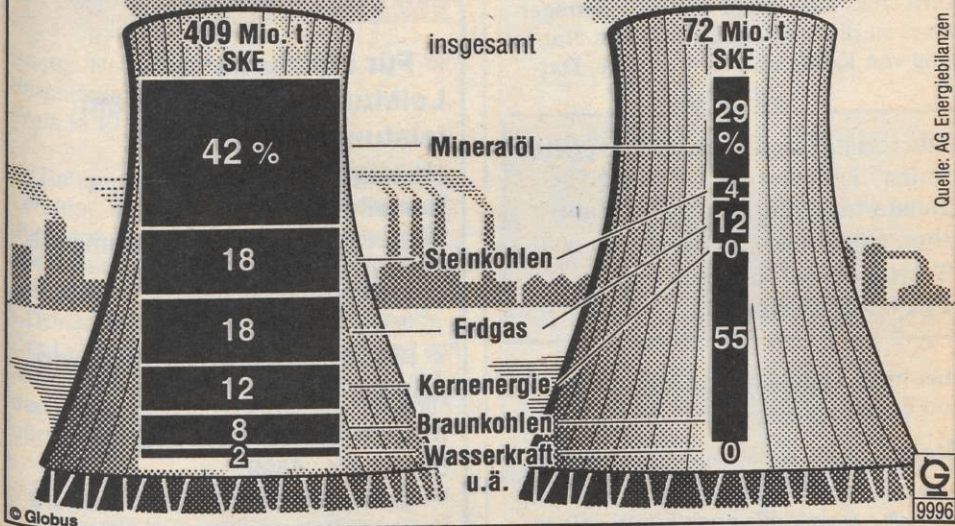
Die bestehenden, bezüglich ihres Sicherheitsstandards weltweit führenden deutschen Kernkraftwerke müssen unbeschadet der Regelungen über nachträgliche Auflagen, Widerruf und aufsichtliche Anordnungen für die technisch vorgesehene Betriebszeit genutzt werden.

Energieverbrauch in Deutschland

1992 in Millionen-Tonnen-SKE

Alte Bundesländer

Neue Bundesländer



Die Errichtung neuer Kernkraftwerke ist zuzulassen, wenn diese so sicher sind, daß auch bei einem unterstellten auslegungsüberschreitenden Ereignis keine Auswirkungen in der Umgebung auftreten, die einschneidende Katastrophenschutzmaßnahmen (wie z. B. Evakuierung oder Umsiedlung) erfordern würden.

Zur verantwortlichen Nutzung der Kernenergie gehört unabdingbar auch die dauerhafte Sicherung der Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle. Die Entscheidung über die Wahl des Entsorgungsweges soll dabei im Rahmen gesetzlicher Vorgaben in der Verantwortung der Kernkraftwerksbetreiber liegen.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb: Unter Beibehaltung des bestehenden Entsorgungs-Vorsorge-Nachweises

über das sogenannte Integrierte Entsorgungskonzept wird auch der Entsorgungsnachweis über die direkte Endlagerung im Atomgesetz zugelassen. Unbeschadet bestehender Wiederaufbereitungsverträge ist es Sache der Industrie, für welchen belastbaren Entsorgungsweg sie sich entscheidet.

Erneuerbare Energien

Eine breitere Anwendung von erneuerbaren Energien, deren Potential sich noch beträchtlich steigern läßt, bei denen aber die Wirtschaftlichkeit noch in weiten Bereichen fehlt, erfordert weitere Markt-anreize.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb, die Förderung eines verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien durch zeitlich und der Höhe nach begrenzte degressive

finanzielle Hilfen zur Markteinführung; in diesem Zusammenhang sind auch die Stromeinspeisungs-Vergütungen zu überprüfen.

Fossile Energieträger

Kern eines ausgewogenen Energieträgermixes ist die langfristige parallele Nutzung von Kohle und Kernenergie. Dar-

Die vollständige Fassung der „Leitlinien“ kann bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dokumentation, angefordert werden:

Telefon 02 28/16-57 61,

Fax 02 28/16-8 60 68.

über hinaus sind auch weiterhin Erdöl und Erdgas erforderlich.

Steinkohle

Entsprechend der Kohlerunde 1991 muß deutsche Steinkohle auch künftig einen Beitrag zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung leisten. Die CDU/CSU-Fraktion fordert: Die Frage der Vorhaltung und Nutzung nationaler Kohlereserven ist auch im EG-Zusammenhang zu prüfen. Dies ist um so eher möglich, als es dem deutschen Steinkohlebergbau gelingt, seine Produktionskosten deutlich zu senken. Es sind mittelfristig alle Möglichkeiten des schrittweisen Abbaus der Kohlehilfen zu nutzen.

Braunkohle

Nach Abschluß der notwendigen Rationalisierung wird auch die ostdeutsche Braunkohle langfristig einen wichtigen wettbewerbsfähigen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Ob im westdeutschen Braunkohlerevier das Feld Garzweiler II aufgeschlossen wird, muß auf der Grundlage der Vorgaben der Landesregierung die Energie-Wirtschaft entscheiden. ■

Dokumentation

für die

politische Arbeit

● Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem

Bestell-Nr.: 5586

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:
14,50 DM.

● Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

Bestell-Nr.: 5599

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:
19,— DM.

● Das neue Asylrecht

Bestell-Nr.: 5603

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:
11,50 DM.

Alle diese Dokumentationen sind im UID erschienen und können in Vermold bestellt werden.

Bestellungen an:

**per Fax (054 23) 4 15 21
oder**

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Vermold

ab 1. 7. 1993: Postfach 11 64

33759 Vermold

Neu im Angebot

„Eine Welt Aktion '93“

Umwelt- und Entwicklungspolitik im globalen Zusammenhang. Texte — Reden — Gedanken zur aktuellen Umwelt- und Entwicklungspolitik der CDU.

Bestell-Nr.: **5596**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 14,50 DM

Im Rahmen dieser Aktion erhalten alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände in den nächsten Tagen je ein Exemplar dieser Broschüre sowie ein Exemplar des gleichlautenden Aktionsleitfadens von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zugesandt. Der Leitfaden enthält u. a. Vorschläge zum Mitmachen sowie Flugblattvorlagen und den umfangreichen Sonderteil „Expertenbörse“.

EINE WELT AKTION

AKTIONSLITFADEN



MIT EXPERTENBÖRSE

ZUR VERANTWORTUNG ERZIEHEN

Bildung - Schlüssel zur Zukunft

Beiträge zur aktuellen Bildungspolitik



Zur Verantwortung erziehen Bildung – Schlüssel zur Zukunft

Beiträge zum bildungspolitischen Kongreß der CDU am 4./5. März 1993 in Wiesbaden

Bestell-Nr.: **5597**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,90 DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl.

MwSt.

Bestellungen an:

per Fax 054 23/4 15 21

oder

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

ab 1. 7. 1993:

Postfach 11 64, 33759 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Weltweit denken - zu Hause handeln!

Generalsekretär Peter Hintze:

"Entwicklungs- und Umweltpolitik beginnt nicht in Afrika oder Lateinamerika, sondern vor Ort, in den Köpfen von uns allen.

Wir müssen umdenken und uns neu orientieren, wenn wir verhindern wollen, daß die weltweiten Probleme von heute zu den lebensbedrohenden Katastrophen von morgen werden."



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

20/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM, **Einzelpreis** 1,50 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.